

# Inhaltsübersicht

A.	<i>Einleitung</i> .....	1
B.	<i>Planungsrechtliche Begriffe – Planung, Raumplanung, Fachplanung, Bauleitplanung</i> .....	3
I.	Raumplanung .....	3
II.	Fachplanung .....	4
III.	Kommunale Planung .....	6
C.	<i>Überblick über die Raumordnung</i> .....	7
I.	Gesetzlicher Rahmen .....	7
II.	Definition der Raumordnung – erste Abgrenzung zu anderen Planungen .....	8
III.	Regelungen des § 4 Abs. 1 ROG .....	11
IV.	Raumbedeutsame Maßnahmen und Planungen bzw. Funktionen und Nutzungen .....	14
V.	Raumordnungspläne .....	15
VI.	Raumordnungsverfahren .....	25
D.	<i>Verhältnis von Raumordnung zu Bauleitplanung und Fachplanung ausgehend von den Raumordnungsklauseln</i> ...	27
I.	Raumordnungsklauseln .....	27
II.	Baurecht .....	31
III.	Fachplanung – Allgemeines Verhältnis zur Raumordnung .....	36
E.	<i>Bindungswirkung raumplanerischer Vorgaben in der jüngeren Rechtsprechung</i> .....	45
I.	Urteil zum Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld 2006 .....	45
II.	Urteile zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main – Untersuchung der Aussagen zur Standortfestlegung .....	84

III.	Urteile zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main – Untersuchung der Aussagen zur Berücksichtigung der Nachtlärmschutzvorgaben des LEP Hessen 2007 im Planfeststellungsbeschluss . . . . .	102
IV.	Urteil Kohlekraftwerk Datteln . . . . .	116
V.	Zusammenfassung der wesentlichen in der Rechtsprechung vertretenen Ansätze zur Bindungswirkung raumplanerischer Vorgaben . . . . .	139
VI.	Problematik der Bindungswirkung raumplanerischer Festlegungen im Zusammenhang mit der Regelung des § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG . . . . .	141
VII.	Bewertung der in der Rechtsprechung vertretenen Ansätze zur Bindungswirkung raumplanerischer Vorgaben . . . . .	146
<i>F.</i>	<i>Lösungsvorschlag zur Abgrenzung der Befugnisse . . . . .</i>	<i>151</i>
I.	Standortentscheidungen als primär raumordnungsrechtliche Entscheidungen . . . . .	151
II.	Strikte Trennung von Zielen und Grundsätzen . . . . .	151
III.	Unterscheidung zwischen raumordnungsrechtlichen und raumordnungsexternen Belangen . . . . .	152
IV.	Beachtung der gesetzlichen Gebietskategorien . . . . .	153
V.	Einordnung in Gebietskategorien vor deren ausdrücklichen gesetzlichen Regelung . . . . .	156
VI.	Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Lärmschutzbelange . . . . .	156
VII.	Entscheidungskompetenz hinsichtlich möglicher Nachtflugverbote . . . . .	157
VIII.	Keine zwingende abschließende Entscheidung auf Raumordnungsebene . . . . .	157
<i>G.</i>	<i>Einführung einer Zwischenentscheidung zur Verdeutlichung der Kompetenzabgrenzung . . . . .</i>	<i>159</i>
I.	Ausgestaltung als fachplanungsrechtlicher Vorbescheid . . . . .	159
II.	Isolierte Regelung der raumplanerischen Standortentscheidung durch die Raumplanungsbehörde außerhalb des Raumordnungsplanes . . . . .	166
III.	Fazit zur Einführung einer gesonderten (Standort-)Zwischenentscheidung . . . . .	167
<i>H.</i>	<i>Rechtsschutzgesichtspunkte im Zusammenhang mit Raumordnungsplänen . . . . .</i>	<i>169</i>

I.	Überblick über das bestehende Rechtsschutzsystem .....	170
II.	Antragsbefugnis für einen Normenkontrollantrag, § 47 Abs. 2 S. 1 VwGO .....	189
III.	Zusammenhang zwischen unwirksamen Zielen und an diese angepasste Bebauungspläne .....	212
IV.	Verwerfungskompetenz der Genehmigungsbehörden bei angenommener Rechtswidrigkeit der raumplanerischen Vorgaben .....	213
V.	Inzidentverwerfungskompetenz der Gemeinden als bauleitplanende Behörden bei angenommener Rechtswidrigkeit der raumplanerischen Vorgaben .....	222
VI.	Anpassungen des bestehenden Rechtsschutzsystems .....	223
<i>I.</i>	<i>Fazit</i> .....	225
I.	Befugnis zur Standortentscheidung durch die Raumplanungsbehörden; freie Entscheidung ob Ziel oder Grundsatz .....	225
II.	Berücksichtigung raumordnungsrechtlicher und raumordnungsexterner Belange durch die Raumplanungsbehörden .....	226
III.	Abwägungsentscheidung der nachfolgenden Zulassungsbehörde – raumordnungsrechtliche Belange .....	228
IV.	Abwägungsentscheidung der nachfolgenden Zulassungsbehörde – raumordnungsexterne Belange .....	229
V.	Sektorales Sonderraumordnungsrecht: § 16 FStRG und § 15 NABEG. . .	229
VI.	Unterschiedliche Gebietstypen und ihre Außenwirkung .....	231
VII.	Grundsatz mit Gewichtungsvorgabe .....	233
VIII.	Durchlagen von Mängeln auf die Planfeststellungsentscheidung .....	234
IX.	Wirkung unterschiedlicher Gebietsausweisungen .....	234
X.	Verhältnis der Landes- zur Regionalplanung, der Landes- und Regional- planung zur gemeindlichen Planung sowie das Zusammenspiel der Standortausweisungen in den unterschiedlichen Raumordnungsplänen (Datteln) .....	235
XI.	Inhaltsgleiche Ausweisungen .....	236
XII.	Vorbescheid .....	236
XIII.	Rechtsschutz .....	237
XIV.	Verwerfungskompetenz der Genehmigungsbehörden und Gemeinden bei angenommener Unwirksamkeit raumplanerischer Bestimmungen ..	239
	Literaturverzeichnis .....	241
	Sachregister .....	251

# Inhaltsverzeichnis

A.	<i>Einleitung</i> .....	1
B.	<i>Planungsrechtliche Begriffe – Planung, Raumplanung, Fachplanung, Bauleitplanung</i> .....	3
I.	Raumplanung .....	3
II.	Fachplanung .....	4
III.	Kommunale Planung .....	6
C.	<i>Überblick über die Raumordnung</i> .....	7
I.	Gesetzlicher Rahmen .....	7
II.	Definition der Raumordnung – erste Abgrenzung zu anderen Planungen .....	8
1.	Überörtlichkeit – Abgrenzung zur örtlichen Planung .....	9
a.	Art. 28 Abs. 2 GG .....	9
b.	Art. 74 Abs. 1 GG .....	10
c.	Zwischenfazit .....	10
2.	Überfachlichkeit – Abgrenzung zu fachrechtlichen Entscheidungen .	10
III.	Regelungen des § 4 Abs. 1 ROG .....	11
1.	Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung ...	11
a.	Ziele der Raumordnung, § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG .....	11
b.	Grundsätze der Raumordnung, § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG .....	12
c.	Sonstige Erfordernisse der Raumordnung, § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG .	12
2.	Bindungswirkung und Berücksichtigungspflicht .....	13
a.	Ziele der Raumordnung .....	13
b.	Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung .....	13
IV.	Raumbedeutsame Maßnahmen und Planungen bzw. Funktionen und Nutzungen .....	14
V.	Raumordnungspläne .....	15
1.	Landesweite Pläne, § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ROG .....	16
a.	Bezeichnung der landesweiten Raumordnungspläne .....	16

b. Besonderheit in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, § 8 Abs. 1 S. 2 ROG .....	16
c. Zuständigkeit zum Erlass der landesweiten Raumordnungspläne ..	17
d. Inhalt der landesweiten Raumordnungspläne .....	17
2. Regionale Pläne .....	18
a. Bezeichnung der Regionalpläne .....	18
b. Besonderheit in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg und dem Land Saarland nach § 8 Abs. 1 S. 3 ROG sowie für regionale Planungsgemeinschaften nach § 8 Abs. 4 ROG .....	18
c. Zuständigkeit zum Erlass der Regionalpläne .....	19
d. Inhalt der Regionalpläne .....	19
3. Bundesraumordnungspläne .....	19
4. Mögliche Inhalte der Raumordnungspläne der Länder .....	21
a. Vorranggebiet, § 8 Abs. 7 S. 1 Nr. 1 ROG .....	22
b. Vorbehaltsgebiet, § 8 Abs. 7 S. 1 Nr. 2 ROG .....	23
c. Eignungsgebiete, § 8 Abs. 7 S. 1 Nr. 3 ROG .....	24
d. Kombination von Vorrang- und Eignungsgebiet, § 8 Abs. 7 S. 2 ROG .....	25
VI. Raumordnungsverfahren .....	25
<i>D. Verhältnis von Raumordnung zu Bauleitplanung und Fachplanung ausgehend von den Raumordnungsklauseln...</i>	27
I. Raumordnungsklauseln .....	27
1. Allgemeine Raumordnungsklauseln, § 4 Abs. 1 S. 1, S. 2 ROG .....	27
2. Spezielle Regelungen in Fachgesetzen i. V. m. § 4 Abs. 1 S. 3 sowie Abs. 2 ROG .....	28
a. § 4 Abs. 1 S. 3 ROG .....	28
b. § 4 Abs. 2 ROG .....	29
c. Verhältnis der speziellen Klauseln zu den einzelnen Bestimmungen des § 4 ROG .....	30
II. Baurecht .....	31
1. Die spezielle Raumordnungsklausel des § 1 Abs. 4 BauGB .....	31
2. Weitere baurechtliche Raumordnungsklauseln .....	32
a. Allgemeines zur Vorhabenzulassung nach §§ 29 bis 38 BauGB ..	32
b. Raumordnungsklauseln für Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes, § 30 BauGB, sowie im unbepflanzten Innenbereich, § 34 BauGB .....	33
c. Die Raumordnungsklauseln des § 35 BauGB .....	34
(1) § 35 Abs. 3 S. 2 BauGB .....	34
(2) § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB .....	35
(3) Die Berücksichtigung sonstiger Erfordernisse der Raumordnung im Rahmen des § 35 BauGB .....	36

III. Fachplanung – Allgemeines Verhältnis zur Raumordnung .....	36
1. Konfliktpotential .....	36
a. Problemdarstellung .....	36
b. Ansatzpunkte zur Abgrenzung der Regelungsmaterien der Raumordnung und Fachplanung .....	37
2. § 4 Abs. 1 ROG in Bezug auf das Fachplanungsrecht .....	38
a. Allgemeines .....	38
b. Einschränkung durch § 5 ROG .....	38
3. Spezielle Raumordnungsklauseln in Fachgesetzen .....	40
a. Raumordnungsklauseln im Bundesfernstraßenrecht .....	40
b. Raumordnungsklauseln im LuftVG .....	43
 E. Bindungswirkung raumplanerischer Vorgaben in der jüngeren Rechtsprechung .....	 45
I. Urteil zum Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld 2006 .....	45
1. Vorgeschichte .....	46
a. Landesentwicklungsplan vom 2. März 1998 .....	47
(1) Urteil des OVG Frankfurt (Oder) vom 24.08.2001 .....	48
(2) Stellungnahme – Verhältnis der Pläne zueinander .....	49
b. Landesentwicklungsplan Standortsicherung Flughafen vom 28.10.2003 (LEP FS 2003) sowie Urteil des OVG Frankfurt (Oder) vom 10.02.2005 .....	52
2. Gegenstand des Urteils des BVerwG vom 16.03.2006 .....	54
a. Klägerisches Vorbringen .....	55
b. Vorgehen der Planfeststellungsbehörde .....	56
3. Wesentliche Aussagen im Urteil, Bewertung in der Literatur sowie Stellungnahme .....	57
a. Wesentliche Aussagen des BVerwG zur Standortfrage .....	57
(1) Standortentscheidung ist vorrangig eine raumordnerische Entscheidung .....	58
(2) Keine Pflicht zur Zulassung des Vorhabens an dem von der Landesplanung vorgesehenen Standort .....	60
b. Stellungnahme bezüglich der Aussagen zu Standortvorgaben unter Einbeziehung der in der Literatur geäußerten Ansichten ...	61
(1) Konkrete Standortvorgabe durch die Raumplanungsbehörde .	61
(2) Abwägungsbefugnis der Planfeststellungsbehörde .....	65
i. Prüfung der raumordnungsrechtlichen Belange .....	65
ii. Prüfung der raumordnungsexternen Belange .....	66
(3) Anerkennung von sektoralem Sonderraumordnungsrecht ....	68
(4) Beantragung der Vorhabenzulassung an anderer Stelle als von der Raumordnung vorgesehen .....	74

c. Wesentliche Aussagen des BVerwG zur Abwägungsentscheidung der Landesplanungsbehörde bezüglich der Lärmschutzbelange – Kriterium der „vorausschauenden Prüfung“ .....	76
d. Stellungnahme zur Abwägungsentscheidung der Landesplanungsbehörde hinsichtlich der Lärmschutzbelange unter Einbeziehung der in der Literatur geäußerten Ansichten .....	78
4. Änderungen im Verhältnis Raumordnung zur (luftverkehrsrechtlichen) Fachplanung durch das Urteil .....	80
5. Weitere Urteile im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Berlin Schönefeld bezogen auf Regelungen des Lärmschutzes .....	82
II. Urteile zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main – Untersuchung der Aussagen zur Standortfestlegung .....	84
1. Der LEP Hessen 2000 und das dazu ergangene Urteil des VGH Kassel vom 16. 08. 2002 – Aussagen zur Standortentscheidung	84
a. LEP Hessen 2000 .....	84
b. Urteil des VGH Kassel vom 16. 08. 2002 .....	85
c. Stellungnahme, insbesondere Vergleich einzelner Aussagen mit dem Urteil des BVerwG zum Flughafen Berlin-Schönefeld 2006 .	86
i. Trennung zwischen raumordnungsrechtlichen und raumordnungsexternen Belangen .....	86
ii. Vorausschauende Abwägung – Realisierungsverpflichtung	88
iii. Unwirksamkeit der zielförmigen Ausweisung aufgrund unzureichender Abwägung der raumordnungsrechtlichen Belange .....	89
2. Änderung LEP Hessen 2007 – Aussagen zur Standortentscheidung .	90
3. Planfeststellungsbeschluss vom 18. 12. 2007 .....	91
4. Aussagen zur Standortentscheidung im Urteil des VGH Kassel vom 21. 08. 2009 zum Planfeststellungsbeschluss sowie im Beschluss des VGH Kassel vom 05. 02. 2010 zur Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2007 .....	92
a. Aussagen zur Standortentscheidung im Urteil des VGH Kassel vom 21. 08. 2009 zum Planfeststellungsbeschluss .....	92
b. Aussagen zur Standortentscheidung im Beschluss des VGH Kassel vom 05. 02. 2010 zur Änderung des LEP Hessen 2007 ...	94
5. Rechtsmittelentscheidungen des BVerwG: Aussagen bezüglich der Zulässigkeit von Standortentscheidungen auf Raumplanungsebene .	95
a. Zurückweisungsbeschlüsse des BVerwG vom 31. 03. 2011 gegen die Nichtzulassung der Revision im Beschluss des VGH Kassel vom 05. 02. 2010 .....	95
b. Revisionsentscheidung des BVerwG vom 04. 04. 2012 gegen die Entscheidung des VGH Kassel vom 21. 08. 2009 .....	96

6.	Stellungnahme zu den Aussagen in den Entscheidungen des VGH Kassel und des BVerwG zur Standortausweisung im LEP Hessen 2007 und im Planfeststellungsbeschluss 2007 . . . . .	97
a.	Keine Verpflichtung der Landesplanungsbehörden zur zielförmigen Ausweisung von Standorten . . . . .	97
b.	Verbindlichkeit der Vorranggebietsfestlegung und der darin gesicherten Nutzung . . . . .	98
c.	Durchschlagen von Mängeln auf die Planfeststellungsebene – Vergleich mit diesbezüglichen Aussagen in dem Urteil zum Flughafen Berlin-Schönefeld . . . . .	100
d.	Zusammenfassende Beurteilung der Abwägungsbefugnis der unterschiedlichen Planungsträger hinsichtlich Standortentscheidungen auf der Grundlage des LEP Hessen 2007 . . . . .	101
III.	Urteile zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main – Untersuchung der Aussagen zur Berücksichtigung der Nachtlärmschutzvorgaben des LEP Hessen 2007 im Planfeststellungsbeschluss . . . . .	102
1.	Bestimmungen zum Nachtlärmschutz im LEP Hessen 2007 . . . . .	102
2.	Kernaussagen zum Lärmschutz im Urteil des VGH Kassel vom 21.08.2009 . . . . .	103
3.	Aussagen des BVerwG zu einzelnen Lärmgesichtspunkten in der Revisionsentscheidung vom 04.04.2012 . . . . .	104
4.	Aussagen zum Nachtlärmschutz in dem Beschluss des VGH Kassel vom 05.02.2010 zur Änderung des LEP Hessen 2007 . . . . .	106
5.	Stellungnahme zu den Aussagen des VGH Kassel und des BVerwG zu Nachtlärmschutzvorgaben im LEP Hessen 2007 unter Berücksichtigung der Anmerkungen in der Literatur . . . . .	106
a.	Abgrenzung zwischen Zielen und Grundsätzen . . . . .	107
b.	Verhältnis Raumordnung zur Fachplanung – Nachtflugverbot . . . . .	111
(1)	Grundsatz mit Gewichtungsvorgabe oder reiner Grundsatz . . . . .	111
(2)	Vorausschauenden Berücksichtigung . . . . .	112
(3)	Wille der Landesplanungsbehörde, ein Nachtflugverbot zu regeln . . . . .	113
(4)	Nachtflugverbot in der Kompetenz der Fachplanung . . . . .	115
c.	Zusammenfassung der Erkenntnisse bezüglich der Nachtlärmschutzvorgaben . . . . .	115
IV.	Urteil Kohlekraftwerk Datteln . . . . .	116
1.	Raumplanerischer Hintergrund . . . . .	116
a.	Landesweite Planungsvorgaben . . . . .	116
b.	Regionale Planungsvorgaben . . . . .	118
2.	Wesentlicher Inhalt des Bebauungsplans Nr. 105 – E. ON Kraftwerk . . . . .	119
a.	Bezugnahme auf die landesplanerischen Vorgaben . . . . .	119

b. Bezugnahme auf die regionalplanerischen Vorgaben . . . . .	119
3. Wesentliche Aussagen des Urteils . . . . .	121
a. Wirkung der Gebietsausweisung im LEP NRW 1995 . . . . .	121
(1) Zeichnerische Festlegung als Ziel der Raumordnung . . . . .	121
(2) Vorranggebiet . . . . .	121
(3) Außenwirkung des Vorranggebietes . . . . .	122
b. Verhältnis der Landes- zur Regionalplanung, der Landes- und Regionalplanung zur gemeindlichen Planung sowie das Zusammenspiel der Standortausweisungen in den unterschiedlichen Raumordnungsplänen . . . . .	123
4. Stellungnahme unter Berücksichtigung der Anmerkungen in der Literatur . . . . .	124
a. Wirkung der Gebietsausweisung im LEP NRW 1995 . . . . .	125
(1) Ziel der Raumordnung . . . . .	125
(2) Vorranggebiet . . . . .	126
(3) Innen- und/oder Außenwirkung des Vorranggebietes . . . . .	128
b. Verhältnis der Landes- zur Regionalplanung, der Landes- und Regionalplanung zur gemeindlichen Planung sowie das Zusammenspiel der Standortausweisungen in den unterschiedlichen Raumordnungsplänen . . . . .	134
5. Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte und Kritikpunkte der Datteln-Entscheidung . . . . .	137
V. Zusammenfassung der wesentlichen in der Rechtsprechung vertretenen Ansätze zur Bindungswirkung raumplanerischer Vorgaben . . . . .	139
1. Befugnis zu und Wirkung von Standortausweisungen . . . . .	139
2. Zulässigkeit und Umfang von Lärmschutzvorgaben . . . . .	140
VI. Problematik der Bindungswirkung raumplanerischer Festlegungen im Zusammenhang mit der Regelung des § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG . . . . .	141
1. Überblick über das Verfahren der Stomnetzausbauplanung und den Berührungsbereich mit der Raumplanung durch die Länder . . . . .	141
2. Einschlägige Variante des § 4 ROG im Rahmen der Bundesfachplanung . . . . .	142
3. Unterscheidung der Regelungswirkung des § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG nach zeitlichem Anwendungsfall . . . . .	142
a. Adressat der Regelung des § 15 Abs 1 S. 2 NABEG . . . . .	143
b. Bundesfachplanung zeitlich nach der Aufstellung eines Landesraumordnungsplanes . . . . .	144
c. Aufstellung oder Änderung eines Raumordnungsplanes zeitlich nach Durchführung einer Bundesfachplanung . . . . .	145

4. Zusammenfassung zum Verhältnis der Bundesfachplanung zur Landesraumplanung .....	145
VII. Bewertung der in der Rechtsprechung vertretenen Ansätze zur Bindungswirkung raumplanerischer Vorgaben .....	146
1. Befugnis zu und Wirkung von Standortentscheidungen .....	146
2. Befugnis zu Vorgaben hinsichtlich des Lärmschutzes .....	148
3. Durchschlagen von Mängeln auf den Planfeststellungsbeschluss ...	149
<i>F. Lösungsvorschlag zur Abgrenzung der Befugnisse .....</i>	<i>151</i>
I. Standortentscheidungen als primär raumordnungsrechtliche Entscheidungen .....	151
II. Strikte Trennung von Zielen und Grundsätzen .....	151
III. Unterscheidung zwischen raumordnungsrechtlichen und raumordnungsexternen Belangen .....	152
IV. Beachtung der gesetzlichen Gebietskategorien .....	153
V. Einordnung in Gebietskategorien vor deren ausdrücklichen gesetzlichen Regelung .....	156
VI. Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Lärmschutzbelange .....	156
VII. Entscheidungskompetenz hinsichtlich möglicher Nachtflugverbote .....	157
VIII. Keine zwingende abschließende Entscheidung auf Raumordnungsebene .....	157
<i>G. Einführung einer Zwischenentscheidung zur Verdeutlichung der Kompetenzabgrenzung .....</i>	<i>159</i>
I. Ausgestaltung als fachplanungsrechtlicher Vorbescheid .....	159
1. Vorhandene Regelungen zu Vorbescheiden .....	159
2. Einführung eines Vorbescheids im Raumplanungsrecht .....	160
a. Verfahrensrechtliche Ausgestaltung .....	160
(1) Zuständigkeit .....	160
(2) Antragstatbestand .....	160
(3) Abwägungsentscheidung .....	161
(4) Bindungswirkung für das nachfolgende Genehmigungsverfahren sowie Präklusionsregelungen .....	162
b. Rechtsschutzaspekte .....	163
(1) Verpflichtungsklage des Vorhabenträgers .....	163
(2) Anfechtungsklage eines Drittbetroffenen .....	164
(3) Bestandskraft des Vorbescheides .....	165

II.	Isolierte Regelung der raumplanerischen Standortentscheidung durch die Raumplanungsbehörde außerhalb des Raumordnungsplanes . . . . .	166
III.	Fazit zur Einführung einer gesonderten (Standort-)Zwischenentscheidung . . . . .	167
<i>H.</i>	<i>Rechtsschutzgesichtspunkte im Zusammenhang mit Raumordnungsplänen . . . . .</i>	<i>169</i>
I.	Überblick über das bestehende Rechtsschutzsystem . . . . .	170
1.	Rechtsnatur der Pläne sowie mögliche förmliche Rechtsbehelfe . . . . .	170
a.	Unterschiedliche Rechtsnatur der Pläne . . . . .	170
b.	Mögliche förmliche Rechtsbehelfe – Überblick . . . . .	172
(1)	Pläne in Form von förmlichen Gesetzen . . . . .	173
(2)	Pläne in Form von Rechtsverordnungen oder Satzungen . . . . .	173
(3)	Pläne ohne bestimmte Rechtsform . . . . .	173
2.	Rechtsschutz gegen als förmliche Gesetze erlassene Raumordnungspläne . . . . .	174
a.	Natürliche und juristische Personen: Individualverfassungsbeschwerde, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG . . . . .	174
b.	Kommunen: Kommunale Verfassungsbeschwerde, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4b GG bzw. landesrechtliche Verfassungsbeschwerde . . . . .	176
c.	Gerichte, Art. 100 GG . . . . .	177
3.	Rechtsschutz gegen Bestimmungen in Raumordnungsplänen in der Form von Rechtsverordnungen und Satzungen . . . . .	178
a.	Raumordnungspläne der Länder . . . . .	178
(1)	Normenkontrollverfahren . . . . .	178
(2)	Individual- und Kommunalverfassungsbeschwerde . . . . .	179
b.	Raumordnungspläne des Bundes . . . . .	180
4.	Rechtsschutz gegen Raumordnungspläne ohne gesetzlich festgelegte Rechtsnatur . . . . .	180
a.	Rechtsschutz gegen Ziele der Raumordnung . . . . .	181
b.	Rechtsschutz gegen Grundsätze der Raumordnung . . . . .	183
c.	Verfassungsbeschwerde gegen Ziele und Grundsätze . . . . .	185
5.	Inzidente Normenkontrollmöglichkeiten . . . . .	185
a.	Inzidentkontrolle im Rahmen von Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen, § 42 Abs. 1 VwGO . . . . .	186
b.	Inzidentkontrolle im Rahmen eines Normenkontrollantrages gegen einen Bebauungsplan, § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO . . . . .	187
c.	Inzidentkontrolle im Rahmen einer Feststellungsklage, § 43 VwGO . . . . .	187
d.	Wirkung der inzidenten Normenkontrollentscheidung . . . . .	189

II.	Antragsbefugnis für einen Normenkontrollantrag,	
	§ 47 Abs. 2 S. 1 VwGO .....	189
1.	Antragsbefugnis natürlicher oder juristischer Personen,	
	§ 47 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 VwGO .....	190
a.	Antragsbefugnis natürlicher und sonstiger juristischer Personen	
	gegen Ziele der Raumordnung .....	190
	(1) § 35 Abs. 3 S. 2 Halbs. 1 BauGB .....	191
	(2) § 35 Abs. 3 S. 2 Halbs. 2 BauGB .....	195
	(3) § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB .....	195
	(4) § 7 Abs. 2 S. 1 Halbs. 1 ROG .....	198
b.	Differenzierung nach konkretem Antragsteller bzw. Plangebiet	
	hinsichtlich der Antragsbefugnis gegen Ziele der Raumordnung .	199
	(1) Grundstückseigentümer im Außenbereich .....	199
	(2) Nachbar im Außenbereich .....	200
	(3) Grundstückseigentümer im Geltungsbereich eines	
	Bebauungsplanes .....	201
	(4) Nachbar im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes .....	204
	(5) Antragsbefugnis der Vorhabengenehmigungsbehörden .....	204
c.	Antragsbefugnis natürlicher und sonstiger juristischer Personen	
	gegen Grundsätze der Raumordnung .....	205
d.	Antragsbefugnis von Gemeinden als Bauleitplanungsbehörden	
	nach § 47 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 VwGO .....	205
	(1) Antragsbefugnis zur Überprüfung von Zielen der	
	Raumordnung .....	206
	(2) Antragsbefugnis zur Überprüfung von Grundsätzen der	
	Raumordnung .....	206
2.	Antragsbefugnis der Behörden, § 47 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 VwGO .....	207
3.	Unzutreffende Kennzeichnung der Ziele der Raumordnung und	
	Konsequenzen für den Rechtsschutz .....	209
4.	Zusammenfassung der Analyse zum Rechtsschutz gegen	
	raumplanerische Bestimmungen .....	209
III.	Zusammenhang zwischen unwirksamen Zielen	
	und an diese angepasste Bebauungspläne .....	212
IV.	Verwerfungskompetenz der Genehmigungsbehörden bei	
	angenommener Rechtswidrigkeit der raumplanerischen Vorgaben ..	213
1.	Problemüberblick .....	213
2.	Vorgehen bei angenommener Unwirksamkeit von Zielen der	
	Raumordnung, die in Satzungen oder Rechtsverordnungen enthalten	
	sind bzw. denen selbst Rechtsnormqualität zukommt .....	214
a.	Mögliche Konstellationen .....	214
b.	Unterschiedliche Rechtsnatur der Raumordnungspläne,	
	Nichtigkeitsdogma und Planerhaltungsvorschriften .....	215

c. Argumente für eine behördliche Verwerfungskompetenz . . . . .	216
d. Ablehnung der behördlichen Verwerfungskompetenz . . . . .	217
3. Vorgehen bei angenommener Unwirksamkeit von Grundsätzen und sonstigen Erfordernissen der Raumordnung, die in Satzungen oder Rechtsverordnungen enthalten sind bzw. denen selbst Rechtsnormqualität zukommt . . . . .	220
4. Vorgehen bei angenommener Unwirksamkeit raumplanerischer Vorgaben in als förmliche Gesetze erlassenen Raumordnungsplänen	220
5. Zusammenfassung zur Verwerfungskompetenz der Genehmigungsbehörden . . . . .	222
V. Inzidentverwerfungskompetenz der Gemeinden als bauleitplanende Behörden bei angenommener Rechtswidrigkeit der raumplanerischen Vorgaben . . . . .	222
VI. Anpassungen des bestehenden Rechtsschutzsystems . . . . .	223
<i>I. Fazit . . . . .</i>	225
I. Befugnis zur Standortentscheidung durch die Raumplanungsbehörden; freie Entscheidung ob Ziel oder Grundsatz. . . . .	225
II. Berücksichtigung raumordnungsrechtlicher und raumordnungsexterner Belange durch die Raumplanungsbehörden . . . . .	226
III. Abwägungsentscheidung der nachfolgenden Zulassungsbehörde – raumordnungsrechtliche Belange . . . . .	228
IV. Abwägungsentscheidung der nachfolgenden Zulassungsbehörde – raumordnungsexterne Belange . . . . .	229
V. Sektoriales Sonderraumordnungsrecht: § 16 FStRG und § 15 NABEG. . .	229
VI. Unterschiedliche Gebietstypen und ihre Außenwirkung . . . . .	231
VII. Grundsatz mit Gewichtungsvorgabe. . . . .	233
VIII. Durschlagen von Mängeln auf die Planfeststellungsentscheidung. . . . .	234
IX. Wirkung unterschiedlicher Gebietsausweisungen . . . . .	234
X. Verhältnis der Landes- zur Regionalplanung, der Landes- und Regional- planung zur gemeindlichen Planung sowie das Zusammenspiel der Standortausweisungen in den unterschiedlichen Raumordnungsplänen (Datteln) . . . . .	235
XI. Inhaltsgleiche Ausweisungen . . . . .	236
XII. Vorbescheid. . . . .	237
XIII. Rechtsschutz. . . . .	237
XIV. Verwerfungskompetenz der Genehmigungsbehörden und Gemeinden bei angenommener Unwirksamkeit raumplanerischer Bestimmungen . .	239
Literaturverzeichnis . . . . .	241
Sachregister . . . . .	251